

Ein Angriff auf die Armen

Die Maßnahmen der Regierung verhindern Integration von Zuwanderern. Sie spielen Gruppen gegeneinander aus und werden auch Österreicher treffen, sagt die Soziologin Laura Wiesböck

DIE ZEIT: Die Regierung hat in den vergangenen Monaten die Indexierung der Familienbeihilfe beschlossen, die Mindestsicherung soll gekürzt werden, zuletzt kam der Vorschlag, dass Asylwerber für Hilfsarbeiten nur noch 1,50 Euro pro Stunde bekommen sollen. Erkennen Sie ein Muster?

Laura Wiesböck: Es hat den Anschein, als ob für gewisse soziale Gruppen in Österreich eine Zwangspauerpisierung vorgesehen ist ...

ZEIT: ... eine erzwungene Verelendung?

Wiesböck: Sozusagen. Im aktuellen Entwurf der Mindestsicherung gibt es dafür Hinweise. Armutsbetroffene sind darin nicht alle gleich wert. Asylberechtigte mit unzureichenden Deutschkenntnissen sollen 300 Euro weniger erhalten. Das widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz. Zudem muss geprüft werden, ob das Gesetz nicht dem bundesstaatlichen Prinzip entgegensteht. Die vom Bund gekürzten Leistungen sollen nämlich von den Ländern nicht ausgeglichen werden dürfen.

ZEIT: Geht es unterm Strich darum: Wir gegen die anderen, Österreicher gegen Zugewanderte?

Wiesböck: In vielen Bereichen kann man dieses Muster erkennen, vor allem auf der diskursiven Ebene. Aber auch bei den Maßnahmen selbst wie dem Familienbonus, der ab dem dritten Kind reduziert werden soll. Das wird nicht offen artikuliert, aber es ist eine statistische Tatsache, dass kinderreiche Familien eher Migrationshintergrund haben. Es wird in jedem Fall aber auch Österreicher treffen.

ZEIT: Gibt es Gruppen, die mehr wert sind als andere?

Wiesböck: Die Wertigkeit innerhalb der Gesellschaft definiert sich in diesen Maßnahmen über die volkswirtschaftliche Produktivität. Das wohlfahrtsstaatliche Prinzip der Umverteilung wird ad absurdum geführt, weil die Maxime vertreten wird, man solle maximal das herausbekommen, was man eingezahlt hat, wie bei einer individuellen Versicherung. Die Logik des Markts dringt also auch in gesellschaftliche Sphären ein, die auf Basis des Solidaritätsprinzips entstanden sind.

ZEIT: Geht es der Regierung um einen Umbau des Sozialstaates?

Wiesböck: Es gibt einen Widerspruch darin, was von der Regierung formuliert wird und welche Konsequenzen daraus gezogen werden. Es wird immer wieder – richtigerweise – betont, dass sich Leistung lohnen muss. Als Konsequenz sehen wir allerdings überwiegend Kürzungen im unteren Bereich. Es wird nicht über die 300.000 Menschen gesprochen, die 40 Stunden arbeiten und unter der Armutgefährdungsschwelle liegen. Für diese Working Poor schützt ein Vollzeitjob nicht mehr vor Armut. Es wird nicht über eine Vermögenssteuer gesprochen, obwohl diese in Österreich so gering ausfallen wie in kaum einem anderen Industriestaat. Erbschaften und Schenkungen sind leistungslose Vermögenstransfers, die der Gerechtigkeit für »arbeitende Leistungsträger« entgegenstehen. Es gebe also sehr viele Bereiche, um Leistung wirklich wieder lohnenwert zu machen, die nicht in Angriff genommen, nicht einmal diskutiert werden. Der Fokus liegt auf Kürzungen in weniger privilegierten Milieus.

ZEIT: Sollen die von den Kürzungen Betroffenen zu Almosenempfängern degradiert werden?

Wiesböck: Diese Tendenz zeigt sich schon in der wiedereingeführten Wortwahl »Sozialhilfe«. Der Begriff »soziale Hängematte« wird etwa für Leistungen benutzt, mit denen man zum Teil nicht überleben kann. Die Grundsicherung für Asylwerber in Wien liegt bei 365 Euro, das wurde vergangenen Sonntag in einer ORF-Fernsehdiskussion als »Milch und Honig« bezeichnet. Rhetorik wie diese zielen darauf ab, Menschen in eine Bittstellerposition zu bringen. Der öffentliche Diskurs rund um das Thema Armut wird immer stärker zu einer moralischen Wertigkeitsprüfung.

ZEIT: Welches politische Konzept steckt dahinter?

Wiesböck: Es geht darum, auf Kosten von Schwächeren ideologische Erfolge zu erzielen, indem bestimmten Gruppen eine parasitäre Absicht bis hin zu einer kriminellen Grundhaltung zugeschrieben wird. Das bleibt nicht ohne Auswirkung. Österreicher fühlen sich stark von Kriminalität und Gewalt bedroht, obwohl sie in einem der sichersten Länder der Welt leben.

ZEIT: Was Sie beschreiben, wäre böseartig ...

Wiesböck: Wertfrei formuliert, würde ich sagen: strategisch.

ZEIT: Man schafft eine Gruppe, die degradiert wird und leicht in die Kriminalität abrutscht?

Wiesböck: Wenn man sich die Maßnahmen ansieht und durchdenkt, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder sind die Konsequenzen nicht bewusst, die mit dieser Politik forciert werden. Oder sie sind einkalkuliert. Denn wir wissen, dass mangelnde Erfahrungen mit Anerkennung hinderliche Auswirkungen auf das Zusammenleben haben. Die Reaktionsmuster reichen von Scham, Apathie und Resignation bis hin zu Gewalt(-kriminalität) und Extremismus.

ZEIT: Dennoch: Die Koalition hat eine Mehrheit, und in den Umfragen ist sie stabil. Es ist eine populäre Politik.

Wiesböck: Das stimmt. Wir können das mit der sogenannten Gastarbeitermigration vergleichen, die am Anfang bei der sogenannten Unterschicht gut angekommen ist.

ZEIT: Warum?

Wiesböck: Weil eine ethnische Unterschichtung stattgefunden hat, wie es der Soziologe Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny genannt hat. Das heißt, die österreichische Unterschicht erlebte eine soziale Aufwärtsbewegung ohne eigenes Zutun. Das kommt gut an bei Personen, die selbst wenig Anerkennung in der Gesellschaft erfahren.

ZEIT: Man erzeugt eine Gruppe von Menschen, auf die sozial Schwache hinunterschaun können?

Wiesböck: Sozusagen. Was gesellschaftlich kritisch sein kann, ist, dass diese abwertenden Haltungen von den Betroffenen übernommen werden. Das kann dazu führen, dass innerhalb der abwerteten Gruppe Hierarchien entstehen. Man möchte sich dann als Arbeitsloser von Langzeitarbeitslosen abgrenzen, die »leistungsunwillig« und »faul« seien. Oder als Migrant sagt

man: Ich bin integriert, ihr anderen müsst aber wieder weg, weil ihr wollt euch nicht integrieren.

ZEIT: Es bleibt, dass die derzeitigen Maßnahmen der Regierung recht populär sind.

Wiesböck: Einerseits gibt es eine Diskrepanz zwischen dem, wie Themen kommuniziert und welche Maßnahmen ausgeführt werden. Andererseits sind die Konsequenzen davon noch nicht spürbar. Aber prinzipiell ist es richtig. Besonders die ÖVP hat derzeit keinerlei Verluste in den Umfragen.

ZEIT: Der Migrationsforscher Paul Collier vertritt die These, dass, wenn der Anteil an Migranten zu hoch wird, die Solidarität in einer Gesellschaft abnimmt.

Wiesböck: Da ist für mich die Frage: Wer zählt zu Migranten? Hier werden starke Differenzierungen entlang der sozialen Hierarchie vorgenommen: Weiße, hochqualifizierte Kanadier, die bei der Uno arbeiten, fallen unter Expats, ein Uni-Professor aus Deutschland ist mobil, niedrig qualifizierte Personen aus Bulgarien oder Rumänien werden hingegen als EU-Migranten bezeichnet. Ich finde diese generelle These schwierig.

ZEIT: Was bedeutet die momentane Regierungspolitik für die Integration?

Wiesböck: Integration ist ein wechselseitiger Prozess, wird aber meist einseitig dargestellt, dass sich die Menschen hier integrieren müssen. Dafür muss es aber auch Möglichkeiten geben. Viele Integrationsangebote werden derzeit gekürzt, etwa an Schulen oder für Sprachkurse beim AMS. Zusätzlich haben Asylwerber in Österreich keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, obwohl es die EU-

Richtlinie vorsieht. Das alles lässt den Schluss zu, dass Integration nicht das erwünschte politische Ziel ist.

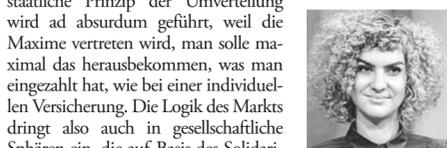
ZEIT: Sie sprachen nun darüber, dass im Wesentlichen eine Politik gegen Zuwanderer betrieben wird. Aber am Ende könnte sie auch Österreicher betreffen.

Wiesböck: Das ist in der Tat so. Ich habe in meiner Dissertation über Arbeitskräfte aus Tschechien, der Slowakei und aus Ungarn in Österreich geschrieben. Dazu habe ich auch mit Unternehmern in den Grenzregionen gesprochen. Alle haben mir gesagt,

sie wollen lieber Arbeiter aus den drei Ländern, weil sie fleißiger und motivierter sind, während die Österreicher, die vom AMS geschickt werden, keinerlei Ambitionen zeigen. Nun kann man diese Menschen verurteilen und sie Sozialschmarotzer nennen, wie es ja häufig passiert. Auf der emotionalen Ebene lässt sich mit derartigen Bildern relativ einfach moralische Empörung über mutmaßlich Schuldige hervorrufen. Oder man sieht sich an, warum das so ist. Dann stellt man schnell fest, dass es keine Anreize gibt, in

einer Plastikfabrik 40 Stunden am Fließband zu stehen und mit dem Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle zu liegen – ohne Möglichkeit auf Aufstieg. Arbeitslose werden zum Objekt kollektiver Abwertung gemacht – unabhängig von ihrer Herkunft. Statt Armut zu bekämpfen, werden die Armen bekämpft. Und es gibt offensichtlich kein großes Interesse daran, das zu ändern.

Die Fragen stellten **Florian Gasser** und **Joachim Riedl**



Laura Wiesböck ist Soziologin an der Uni Wien. Zuletzt erschien ihr Buch »In besserer Gesellschaft«



Asylwerber sollen künftig nur noch 1,50 pro Stunde für Hilfsarbeiten bekommen

ANZEIGE

Bezahlte Anzeige

Unser Stadtvorteil: Wien-Bonus

Joboffensive für Ältere

Mehr Aufträge für Wiener Unternehmen

Wer länger in Wien lebt, soll auch einen Vorteil davon haben!

Mit dem Wien-Bonus profitieren Wienerinnen und Wiener jetzt von vielen Vorteilen. Sie kommen schneller zu geförderten Wohnungen, Lehrstellen und auch Jobs – besonders ältere ArbeitnehmerInnen. Die Wiener Unternehmen werden mit dem Wien-Bonus ebenfalls gefördert: Sie haben ab sofort höhere Chancen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Informieren Sie sich jetzt unter www.wien.at/wienbonus

Stadt Wien